

Die Grünen Kreisverbände Aalen/Ellwangen und Schwäbisch Gmünd begrüßen ausdrücklich die Initiative verschiedener Kommunalpolitiker in Schwäbisch Gmünd. Gleichwohl unterstützen beide Kreisverbände den Vorstoß von Ministerpräsident Kretschmann, der sich zusammen mit den Grünen Vize-Ministerpräsidenten in einem Brief an Bundesaußenminister Gabriel gewandt hat, um eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan anzumahnen.

„Wir begrüßen die Initiative von Landrat Klaus Pavel und Gmünds Oberbürgermeister Richard Arnold,“ erklärt Alexander Schenk, Kreisvorsitzender von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Schwäbisch Gmünd, „wir hoffen, dass beide CDU-Politiker und die CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Ostalbkreis ihren Einfluss auf die CDU-geführte Bundesregierung geltend machen, zügig die Sicherheitslage neu zu bewerten. Nur so können Abschiebungen ins Krisengebiet Afghanistan effektiv gestoppt werden. Wir hoffen, dass sie sich der Initiative von Ministerpräsident Kretschmann anschließen.“

„Es genügt nicht, mit einem Achselzucken und dem üblichen Bedauern auf die Rechtslage zu verweisen, wie dies der Bundestagsabgeordnete und CDU-Kreisvorsitzende Herr Kiesewetter auf Twitter tut,“ führt Schenk weiter aus, „jetzt ist Haltung gefragt. Als Bundestagsabgeordneter hat Herr Kiesewetter die Möglichkeit seinen Einfluss auf die Bundesregierung geltend zu machen. Das wäre wirklich Haltung, anstatt die Verantwortung nur den Kommunen zuzuschieben und gegen Kommunalpolitiker der eigenen Partei zu wettern. Es geht jetzt darum, den Menschen, die aus Krieg und Terror zu uns geflohen sind, die Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.“

„Das SPD-geführte Auswärtige Amt muss eine neue Beurteilung der Sicherheitslage in Afghanistan vornehmen,“ erklärt Bennet Müller, Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg. „vor dem Hintergrund der jüngsten Berichte des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem Jahresbericht der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) sind erhebliche Zweifel daran angebracht, dass Abschiebungen nach Afghanistan überhaupt vertretbar sind.“

„Darüber hinaus begrüßen beide Grüne Kreisverbände den Vorstoß der grünen Landesvorsitzenden Sandra Detzer für ein kleines Einwanderungsgesetz,“ fügt Müller hinzu, „dies wäre ein wichtiger Schritt für bessere Integration. Gerade die Wirtschaft und das Handwerk hätten so bessere Planungssicherheit, wenn sie Flüchtlinge beschäftigten möchten. Außerdem könnte man dadurch für viele gut integrierte Menschen, die schon lange in Deutschland leben eine effektive Bleibeperspektive schaffen.“

28.02.2017